

## Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Mai 2020

### TOP 1

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Mai die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

### TOP 2

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eine Aktuelle Debatte beantragt, in der sie das Thema „Aus der Corona-Krise lernen: Das Virus bekämpfen. Chancen ergreifen. Regional denken und ökologisch umsteuern“ mit den anderen Fraktionen und der Landesregierung diskutieren möchte.

### TOP 3(a-d)

(a) Es sei nach der unmittelbaren Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus und der Gewährleistung eines umfassenden Gesundheitsschutzes der Bevölkerung eine der entscheidenden Herausforderungen für den Staat, alles zu unternehmen, um einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft durch die Folgen aus der Krise aktiv entgegenzuwirken, meinte die Fraktion DIE LINKE. Sie hat deshalb eine Aktuelle Debatte zum Thema beantragt.

(b) Die Zuschussprogramme des Landes Sachsen-Anhalt sollen auf Antrag der Fraktion DIE LINKE um ein Grundeinkommen für Soloselbstständige und Kleinunternehmer/innen erweitert werden. Diese sollen ein Anrecht auf 1 000 Euro für jeden Monat erhalten, in dem sie aufgrund von Eindämmungsverordnungen des Landes ab Mai 2020 nicht in der Lage seien, ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Dieses Grundeinkommen soll ohne Vermögenserhebung und Anrechnung auf andere Einkommensarten erfolgen.

(c) Laut Fraktion DIE LINKE stehen die Gelder des Bildungs- und Teilhabepakets zur Finanzierung einer Mittagsversorgung den Kommunen zur Verfügung. Auf Antrag der Linken soll die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen und ggf. mit dem Bund nach Lösungen suchen, die über das Bildungs- und Teilhabepaket bereitgestellten Mittel für die Mittagsverpflegung von Schüler/innen und Kita-Kindern denjenigen Familien direkt auszuzahlen, deren Kinder von derzeitigen Schließungen betroffen seien.

(d) Auch die Hochschulen des Landes und deren Studierenden seien von der Corona-Pandemie betroffen, merkt die Fraktion DIE LINKE an. Dies zum Hintergrund nehmend, soll in der Zielvereinbarungsperiode 2020 bis 2024 kein Konsolidierungsbeitrag erhoben werden. Im Sommersemester 2020 sollen alle anfallenden Langzeitgebühren durch die Hochschulen erlassen und bereits eingezogene Gebühren rückerstattet werden. Für Studierende, die durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ihr Beschäftigungsverhältnis verloren haben, soll das Land einen Sozialfonds einrichten.

### TOP 4

Um das Thema „Grundrechtseinschränkungen während der Corona-Pandemie – welche Lehren aus der Krise gezogen werden müssen“ soll sich die für die Mai-Sitzungsperiode von der AfD-Fraktion beantragte Aktuelle Debatte mit der Landesregierung und den anderen Fraktionen drehen.

#### Top 5

Schon lange vor Beginn der Corona-Pandemie sei vor ansteigenden Mortalitätsraten und Seuchen in den bestehenden Aufnahmelagern für Geflüchtete auf den griechischen Inseln der Ägäis gewarnt worden, so die Fraktion DIE LINKE. Es bestehe dringlichster Handlungsbedarf, diese verheerenden Zustände zu beenden und damit die sich zwangsläufig abzeichnende humanitäre Katastrophe abzuwenden. Dringlicher Handlungsbedarf bestehe zudem auch in Sachsen-Anhalt, beispielsweise in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) Halberstadt. Der effektive Gesundheitsschutz und ein selbstbestimmtes Leben der Geflüchteten müssten gewährleistet werden.

#### TOP 6

Die von der Landesregierung vorgelegte Neufassung des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt soll der weiteren Stärkung der Autonomie und Eigenverantwortung sowie der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen des Landes dienen, darüber hinaus der Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten, der verbesserten Partizipation aller Hochschulmitglieder an Entscheidungen, der Verbesserung von Studium und Lehre und der Förderung der Chancengleichheit, insbesondere auch beim Zugang zu Promotionen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung legt eine Beschlussempfehlung vor, die die Annahme des Gesetzentwurfs vorsieht.

#### TOP 7

Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen einen Gesetzentwurf zur Änderung der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt ein. Mit diesem soll insbesondere die Überprüfung der kommunalen Gestaltungsspielräume umgesetzt und diese an entsprechenden Stellen erweitert werden. So geht es unter anderem um die erweiterte Verwendung von Ablösesummen für Stellplätze und kommunale Regelungen zur Begrünung von Gebäuden. Darüber hinaus werden die Bauvorlagenberechtigung und das Bauen mit Holz in den Fokus gerückt.

#### TOP 8

Der von der AfD-Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf hat zum Ziel, die automatisch zum 1. Juli jedes Jahres erfolgende Anpassung der Abgeordnetenentschädigung und der Kostenpauschale an die Entwicklung der Bruttoeinkommen von abhängig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt abzuschaffen. Infolge dieses Automatismus entziehe sich eine daraus hervorgehende Diätenerhöhung der öffentlichen parlamentarischen Debatte. Dieser Vorgang sei durch den Bund der Steuerzahler in den letzten Jahren mehrfach kritisiert worden, so die AfD-Fraktion.

#### TOP 9

Die Amtszeit für das bisherige Mitglied im Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Prof. Dr. Florian Steger, endet mit Ablauf des 21. April 2020. Der Landtag wählt gemäß § 7 AG StUG LSA ein Nachfolgemitglied. Dies soll laut Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalts Landesbeauftragte für die Aufarbeitung, Birgit Neumann-Becker, werden.

#### TOP 10

Im Zuge von geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen sind Anpassungen an dem der AöR Dataport zugrunde liegenden Staatsvertrag (Dataport-Staatsvertrag) notwendig geworden. Insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung und die jeweils angepassten

Datenschutzgesetze der einzelnen Trägerländer von Dataport bedingen einen Anpassungsbedarf. Der Ausschuss für Finanzen hat eine Beschlussempfehlung erarbeitet, die die Annahme des Gesetzentwurfs vorsieht.

#### TOP 11

Das von der Landesregierung vorgelegte Artikelgesetz dient der Umsetzung einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen in das Landesrecht von Sachsen-Anhalt und der Durchführung der EU-Verordnung 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr. Hier soll also EU-Recht in Landesrecht umgesetzt werden.

#### TOP 12

Der Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zum Ziel, Bekanntmachungsmängel bei der Bildung und bei Änderungen im Mitglieder- und Aufgabenbestand von Zweckverbänden und bei einem Formwechsel von Zweckverbänden in eine Anstalt rückwirkend für die Vergangenheit zu heilen und damit die vorhandenen Zweckverbands- und Anstaltsstrukturen durch eine gesetzliche Regelung zu legitimieren.

#### TOP 13

Im Oktober 2016 brachte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag in den Landtag ein, mit dem sie die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft für Bundesfernstraßen und -autobahnen stoppen wollte. Bund und Länder hatten sich am 14. Oktober 2016 auf eine solche Gründung geeinigt. Statt für eine solche „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ sprach sich die DIE LINKE für den Fortbestand der landesinternen Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen aus. Der Antrag soll laut Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr nun für erledigt erklärt werden, da die Autobahn GmbH des Bundes am 13. September 2018 in Berlin gegründet worden sei.

#### TOP 14

Die Fraktion DIE LINKE bemängelte im März 2020, dass die Arbeitgeber/innen die restriktiven Maßnahmen von Landes- und Bundesregierung zur Verlangsamung der Corona-Pandemie nicht hinreichend umsetzten. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet, durch die sich die Landesregierung unter anderem auf Bundesebene dafür einsetzen soll, dass wirksame, einheitliche Regelungen zur Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten zeitnah geschaffen werden. Über die aktuellen Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld hinaus sei die Diskussion zu weiteren Änderungen intensiv zu begleiten – mit dem Ziel, dass kein Kurzarbeitergeld unterhalb geltender Mindestlöhne gezahlt werde.

#### TOP 15

Die Amtszeit des ZDF-Fernsehrates endet am 7. Juli 2020. Gemäß § 2 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum ZDF-Staatsvertrag vom 10. Dezember 2015 wird der entsendungsberechtigte Verband durch den Landtag von Sachsen-Anhalt durch Beschluss festgestellt. Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen für die Entsendung als Mitglied im ZDF-Fernsehrat den Museumsverband Sachsen-Anhalt e. V. vor.

#### TOP 16

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE böten die kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften ausreichend Spielraum dafür, dass Gemeinden bzw. Landkreise unter Nutzung der derzeitigen rechtlichen Möglichkeiten und organisatorischen Maßnahmen handlungsfähig blieben. Beratungsgegenstände, die nicht dringlich seien, könnten aufgeschoben werden. Die Landesregierung soll daher per Antrag aufgefordert werden, unter Beachtung des Öffentlichkeitsgrundsatzes entsprechende Empfehlungen an die Kommunen auszusprechen. Das Ministerium für Inneres und Sport habe mit seinem Runderlass vom 23. März 2020 in rechtswidriger Weise das Öffentlichkeitsprinzip und damit den tragenden Grundsatz kommunaler Demokratie außer Kraft gesetzt und hierdurch Kommunen erheblichen Risiken ausgesetzt.

#### TOP 17

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll der Minister für Inneres und Sport aufgefordert werden, Sportstätten für den Individualsport unter freiem Himmel ohne Zuschauerbetrieb von den pandemiebedingten Schließungen auszunehmen. Darüber hinaus sollen die nachgeordneten Waffenbehörden angewiesen werden, die Auslegung des Merkmals der regelmäßigen Ausübung des Schießsports mindestens bis Ende 2021 nicht von jährlichen Mindesttrainingseinheiten abhängig zu machen und insbesondere vom Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse wegen nicht vorhandener Trainingsmöglichkeiten abzusehen.

#### TOP 18

Lehrerinnen und Lehrer seien von Tätigkeiten zu entlasten, die nicht unmittelbar mit ihrem Verantwortungsbereich in Unterricht und Erziehung verbunden seien, fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag. Es sei dafür Sorge zu tragen, dass die Schule sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentriere, die Vermittlung von Kompetenzen, Kulturtechniken und Wissen. Das Modellprojekt der Einstellung von Verwaltungsassistenten zur Entlastung der Lehrer von berufsfremder oder -fremder Tätigkeit solle auf alle Schulen des Landes ausgeweitet werden.

#### TOP 19

Wie alle anderen politischen Akteure auch drängt die AfD-Fraktion darauf, Handlungsoptionen zu entwickeln, um das öffentliche und wirtschaftliche Leben in Sachsen-Anhalt wiederzubeleben. Die Antragstellerin spricht sich unter anderem für eine Erhöhung und Ausweitung der Testkapazitäten aus, um ein umfangreiches und flächendeckendes Screening in lokalen Risikoclustern sicherzustellen. Zudem sollen Möglichkeiten geschaffen werden, die Produktionskapazitäten medizinischer Schutzausrüstung in Sachsen-Anhalt zu fördern; auf Bundesebene soll sich für eine Neubewertung der Medikamentenversorgung und -sicherheit eingesetzt werden.

#### TOP 20

Die Fraktion DIE LINKE möchte die Landesregierung per Antrag aufgefordert wissen, unverzüglich ein Moratorium zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in den Kommunen umzusetzen, das bis zur endgültigen Verabschiedung der Änderung des Kommunalabgabengesetzes in den Kommunen für rechtliche Sicherheit bezüglich einer Aussetzung von Beitragserhebungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sorgen soll. Zudem soll die Landesregierung aufgefordert werden, unverzüglich die Verabschiedung des geänderten Kommunalabgabengesetzes zu terminieren.

#### TOP 21

Unter den derzeitigen veränderten Bedingungen sollte laut den Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Die Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt konsequent und nachhaltig absichern“ zum I. Quartal 2020 verzichtet werden. Die aktuellen Herausforderungen zeigten, an welchen Stellen und in welchen Bereichen im Gesundheitswesen nachgesteuert werden müsse. Der Abschlussbericht müsse Erfahrungen und Konsequenzen des Pandemiegeschehens aufgreifen und dem Landtag von Sachsen-Anhalt dann gebündelt Ende April 2021 vorgelegt werden.

#### TOP 22

In Anbetracht der vielfältigen Herausforderungen, die sich durch die aktuelle beispiellose Corona-Situation ergeben und teilweise kurzfristige Lösungen erfordert haben, falle der Enquete-Kommission „Gesundheit“ die wichtige Aufgabe zu, diese auszuwerten und Handlungsempfehlungen im künftigen Umgang mit Pandemien zu erarbeiten, die sich aus den gewonnenen Erkenntnissen ergeben. Daher sei es erforderlich, so die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag, den Arbeitsauftrag der Enquete-Kommission entsprechend zu erweitern.